



Gefördert durch die

STIFTUNG UMWELT
UND ENTWICKLUNG
NORDRHEIN-WESTFALEN

Lebensraum Rheinisches Revier - gutes Leben und gute Arbeit

Revierperspektiven: Aus dem Revier - Für das Revier

Zivilgesellschaftliches Konzept 10/2018
Koordinierungskreis Strukturwandel

Chancen schaffen – Risiken vermindern



Revierperspektiven: Aus dem Revier - Für das Revier

Mit entwickelt haben und beteiligt sind:

- Aktionsbündnis Stommelner Bürger „Leben ohne Braunkohle“
- Buirer für Buir
- BUND (Rhein-Erft, Düren, Langerwehe)
- BUND Jugend NRW
- Bündnis gegen Braunkohle
- Bürgerinitiative Big Ben
- Bürgerinitiative Wir in Holzweiler
- Das gelbe Band
- Dorfinteressengemeinschaft Wanlo
- Energieliga.org
- Ev. Gemeinde Düren
- Germanwatch
- Greenpeace Düsseldorf
- Grüne (Kerpen, Kreise Düren + Rhein-Erft)
- Hambis Support Aachen
- IB 50189
- NABU Kreisverband Düren
- Netzwerk Bergbaugeschädigter
- Katholikenrat Region Düren
- Evangelischer Kirchenkreis Jülich
- PAX Christi Regionalgruppe Düren
- Solarenergie-Förderverein Deutschland e.V.
- verheizte-heimat.de
- Engagierte Privatpersonen

Visionärer Ansatz regionale Entwicklung

- Vision, wie Leben in Zukunft in unserer Region aussehen sollte – Konzept basiert auf Vernetzung wesentlicher Bereiche unseres Lebens
- Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung als Leitidee
- Nachhaltigkeitsdefinition „Donut-Modell“ von Kate Raworth
 - Einordnung menschlicher Aktivitäten in „sicheren und gerechten Raum für die Menschheit“ und Einhaltung sozialer Mindestanforderungen sowie planetare Grenzen
 - „Sustainable Development Goals“ (SDGs; Vereinten Nationen)
 - Ergebnisse basieren auf pragmatischen Ansätzen, um Strukturwandel menschenwürdig und ökologisch nachhaltig, insbesondere aber in der ganzen Breite zukunftsfähig zu gestalten
- Grundlegende Nachhaltigkeitsstrategien sind in dieser Reihenfolge: Suffizienz, Konsistenz und Effizienz
- Sicherung nachhaltiger Zukunftsperspektiven vor allem für qualifizierte Arbeitskräfte sowie indirekt Betroffene in der Region

Visionärer Ansatz regionale Entwicklung

- Das Rheinische Revier soll Pilotregion für die Entwicklung zukunftsfähiger Arbeits-, Wohn- und Lebensverhältnisse sein
- Zur Umsetzung dieser Entwicklung sind einerseits die Ressourcenknappheit wie andererseits die Übereinkünfte des Pariser Klimaschutzabkommens zu beachten
- Dies führt unweigerlich zur Frage:
Welches Wachstum können wir uns leisten?
(Die Grenzen des Wachstums, Club of Rome, 1972/2012)
- Unser Ansatz:
Entwicklung eines positiven Leitbilds für das Rheinische Revier, in dem wir darstellen, wie wir uns die Zukunft der Region vorstellen.
Die Ergebnisse sollten für andere Regionen Deutschlands verfügbar und nutzbar sein
- Für die Gestaltung des Strukturwandels im Rheinischen Revier setzen wir auf die Chancen, die die Region bietet, nicht eine Diskussion der Risiken

8 vernetzte Leitlinien Strukturwandel



Leitlinien Strukturwandelkonzept (1/2)

1. Energiewirtschaft - Strukturwandel führt zu energiesparenden und ressourcenschonenden Nutzungsprozessen und verringerter Umweltbelastung
2. Industrie – Gewerbe – Wohnen - Strukturwandel führt zu diversifizierter Industrie- und Gewerbelandschaft mit breit gefächertem , qualifiziertem Arbeitsplatzangebot und arbeitsnahem Wohnraum
3. Naturraum - Strukturwandel führt zu höherem Flächenanteil von Wald und Naturflächen und zu vielfältigen, kleinräumigen Nutzungsformen im Sinne der biologischen Vielfalt
4. Städtische Räume - Strukturwandel führt zur Vernetzung durch Grünräume und stadtklimatologischer Verbesserung der Lebensqualität

Leitlinien Strukturwandelkonzept (2/2)

5. **Mobilität in der Rheinischen Region - Strukturwandel führt zur Verringerung des Energieeinsatzes und Reduktion des Zeitaufwandes für Arbeitnehmer**
6. **Bildung für nachhaltige Entwicklung - Umweltbildung und Konzepte alternativen, lokalen Wirtschaftens**
7. **Finanzierung und Förderung - Klare und konsequente Ausrichtung des Förderregimes auf einen nachhaltigen Strukturwandel**
8. **Bürgerbeteiligung - Element des Strukturwandels sind institutionalisierte Formate der Bürgerbeteiligung mit dem Ziel der Gestaltung eines demokratischen, transparenten Prozesses**

1. Energiewirtschaft

Strukturwandel führt zu energiesparenden und ressourcenschonenden Nutzungsprozessen und verringerter Umweltbelastung

- Ganzheitliche energetische Bestandsaufnahme sowie Verbrauchsprognose für 10, 15 bzw. 20 Jahre (privat, gewerblich und industriell sowie der Verkehrsenergieverbrauch) in der Region einschließlich Verkehrswende
- Ermittlung zukünftiger Energiebedarf – Netz-Stabilisierung durch geeignete Lastverschiebungsmaßnahmen vor erhöhten Fluktuationen/Engpässen
- Unmittelbarer Einstieg in ambitionierten Kohleausstiegspfad entlang Pariser Klimaschutzziele um Klimaziel 2020 (und folgend 2030) noch zu erreichen. Stilllegung relevanter Kohlekraftwerke. Rücknahme Tagebaugrenzen.
- Notwendigkeit umfassender Investitionen in Kurz- und Saison-Speicher
- Zeitliche und mengenmäßige Staffelung Ausstieg/Rückführung Braunkohlenförderung zwischen Rheinischem Revier und Lausitz aufgrund der unterschiedlicher Rahmenbedingungen der regionalen Wirtschaftskraft
- Leitlinien Energieerzeugung: dezentral, energieeffizient, energiesparend. d.h. dezentrale Erzeugung sowie Nutzung als energieautarke Region, Solaroffensive, Bürgergenossenschaftsmodelle

2. Industrie – Gewerbe – Wohnen

Diversifizierte Industrie- und Gewerbelandschaft mit breit gefächertem, qualifiziertem Arbeitsplatzangebot und arbeitsnahem Wohnraum

- **Industrie geprägte Region und herausragende Agrarregion** mit sehr hoher Bodenqualität – Flächen-Konflikt durch Flächenknappheit
- **Neue Industrien:** Vorrangprogramm Bestandsflächen – Förderung von kleineren Betrieben mit einer höheren Arbeitsplatzdichte
- **Förderung dezentrale Ansiedlung von Industrie und Gewerbe** um Nähe von Wohnen und Arbeiten zu realisieren – **Förderung CO2-neutrale Wirtschaft**
- **Schaffung weiterer, bezahlbarer, sozialverträglicher, ökofairer, nachhaltiger Wohnraum** für vorhandene/zuziehende Arbeitskräfte/Familien. Mindestens 2.000 Sicherheitsabstand zwischen Tagebauen und Wohnbebauung
- „gute Arbeit“: faire (tarifliche)Vergütung, gewerkschaftlich organisiert, klima- und umweltfreundlich; Beschäftigungssicherung
- **Schneller und qualitativ hochwertiger Internet-Ausbau** – für dezentrale, kleinere Industrie- und Gewerbestandorte unabdingbar

3. Naturraum

Höherer Flächenanteil von Wald und Naturflächen und zu vielfältigen, kleinräumigen Nutzungsformen im Sinne der biologischen Vielfalt – Schaffung vielfältiger, kleinräumiger Nutzungsformen

- Erhalt Hambacher Wald als Symbol für die Klimaziele von Paris – Hambacher Wald als Nukleus/Vergleichsraum für Entwicklung zukünftiger Waldflächen und Leitbild der in der Zukunft zu entwickelnden Wälder
- Deutliche Steigerung Flächenanteile zugunsten Freiraumnutzung ggü. Flächen für industrielle/gewerbliche Nutzung. Erhöhung Flächenanteil für Landwirtschaft, Naturraum, Erholungsräume. Dazu gehören auch Bereiche für die natürliche Sukzession.
- Rückführung zu naturverträglichen, die Artenvielfalt fördernden Landwirtschaft. Stufenweite Ausweitung des ökologischen Landbaus auf zunächst 30% (mit Erweiterungspotential) – Waldökologie ausbauen
- Ausbau Forschungsstelle Rekultivierung um Artenschutz/Waldvermehrung
- Aufwertung von Grubenrandgemeinden durch Dorf- und Stadtinnenentwicklung

4. Städtischer Raum

Vernetzung Grünräume – stadtklimatologische Verbesserung Lebensqualität

- Wälder und Naturräume mit hoher ökologischer Qualität sind Landmarken
 - Verbindung über ein geschlossenes System / Grünvernetzung
 - Zeitnahe Ausstieg aus Braunkohle dient der Erhaltung der Landmarken und ist wichtig für die Vernetzung in der Region
- Anforderungen zur Verbesserung des gesamten Landschaftsbildes
 - Kommunen in der Region müssen sich für gemeinsame Umsetzung des Konzepts einsetzen. Ziel ist eine Landschaft, die als Raum des Erlebens mit Atmosphäre dienen kann
 - Erhaltung der alten, gewachsenen Strukturen jetzt erforderlich. Gemeinsam geben wir dem Revier seine natürliche Würde zurück

5. Mobilität

Verringerung Energieeinsatz – Reduktion Zeitaufwand für Arbeitnehmer

- Deutlicher, klimafreundlicher Ausbau des ÖPNV, der Radverkehrswege und von Modellen des Teilens
- In der Folge: Zeitersparnis für die Einwohner*innen in der Region zwischen Wohnen und Arbeiten
- Früherer Ausstieg aus der Braunkohle ermöglicht Reaktivierung historischer Verkehrswegeverbindungen in der Region, die zurzeit durch die Tagebaue verhindert werden

6. Bildung

(Weiter-) Bildung für nachhaltige Entwicklungen (BNE), Umweltbildung und Konzepte alternativen, lokalen Wirtschaftens

- Stärken von Kompetenzen und Fertigkeiten: Befähigung zur Teilhabe an den Transformationsprozessen in der Region
- Umweltbildung, die den Menschen als Teil seiner Mitwelt begreift und die Wiederherstellung der Mensch-Natur Beziehung zum Ziel hat
- Bildung für nachhaltige Entwicklung als Grundlage für erfolgreiche Umsetzung der SDGs
- Bildung geht in diesem Sinne über reine Information und Bewusstseinsbildung hinaus, wirkt transformativ für eine nachhaltige Entwicklung und kann (re-) politisieren sowie (re-) demokratisieren
- BNE als integralen Bestandteil in allen formalen und non-formalen Bildungsbereichen verankern. Hierzu bedarf es Investitionen in den Ausbau einer zukunftsfähigen Bildungsinfrastruktur der Region, um BNE langfristig auf hohem Niveau zu sichern. Es sollen alle Ebenen des Lernens integriert werden

7. Finanzierung und Förderung

Klare und konsequente Ausrichtung des Förderregimes auf einen nachhaltigen Strukturwandel

- Die konkrete Aufteilung der Fördermittel auf die Reviere erfolgt entlang folgender 2 Kriterien:
 - Ausgangsbasis (Strukturdaten): wie sind die vorhandenen Rahmenbedingungen in den jeweiligen Revieren um den Strukturwandel zu meistern?
 - Ambitionsniveau: welche Reviere leisten in welcher Frist im Energiesektor welche Emissions-Reduktionsbeiträge zum Klimaschutz?
- Finanzielle Entschädigungen fließen direkt in die soziale Absicherung von Beschäftigten und vom Bergbau Betroffenen
- Finanzierung ist langfristig anzulegen und sicher zu stellen
- Mittelvergabe erfolgt über Beteiligung einer breiten Akteursbasis

8. Echte Bürgerbeteiligung

Institutionalisierte Formate der Bürgerbeteiligung mit dem Ziel der Gestaltung eines demokratischen, transparenten Prozesses

- Strukturwandel zieht sich über Jahrzehnte hin – Bedarf der begleitenden Fehlerkorrektur
 - Etablierung klarer Kommunikationsstrukturen für Bevölkerung
 - Bürgerbeteiligung und durchgängig den Prozess begleitende Gremien
- Implementierung von Planungszellen (nach Prof. Diemel) für grundlegende Entscheidungen des Strukturwandelprozesses
- Herausragende Forderung ist Berufung von unabhängigen Experten, die Bürger*innen von Anfang an in Planungs- und Entscheidungsprozessen beraten und beteiligen